Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,
Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff, Cansu Özdemir, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zur Drs. 20/272

Betr.: Gentechnikfreie Landwirtschaft in Hamburg

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen gefährdet die biologische Vielfalt. Aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellte Lebensmittel bergen nicht abschätzbare Risiken für die menschliche Gesundheit. Die weit überwiegende Mehrheit der deutschen und europäischen Verbraucher/-innen lehnt GVO-Pflanzen ab.

Eine naturnahe Landwirtschaft ohne Gentechnik ist hierfür die Basis. Deshalb muss eine gentechnikfreie Landwirtschaft auch in Zukunft sichergestellt werden. In Deutschland entscheiden sich daher immer mehr Landwirte, in gentechnikfreien Regionen auf Basis von Selbstverpflichtungserklärungen zu wirtschaften.

Die Europäische Kommission hat am 13. Juli 2010 eine Änderung der Richtlinie 2001/18/EG dahingehend vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten den Anbau von GVO-Pflanzen in ihrem Hoheitsgebiet künftig einschränken oder untersagen können. Bei der Ratssitzung der EU-Agrar- und -Umweltminister am 27. September 2010 hatten sich Frankreich, Spanien, Italien und auch Deutschland bereits gegen den Vorschlag der Kommission ausgesprochen.

Wenige Tage vorher lehnte der Bundesrat auf seiner Sitzung am 24.09.2010 indirekt die Forderung Bayerns und Nordrhein-Westfalens ab, das deutsche Gentechnik-Gesetz zu ändern, damit künftig die Bundesländer eigene Anbauvorschriften für GVO-Pflanzen erlassen können.

Die Fraktionen von SPD, DIE LINKE und Grünen haben am 15. März 2011 im sächsischen Landtag einen Antrag gestellt, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Land vollständig zu untersagen. In ihrem 8-Punkte-Programm für eine gentechnikfreie Landwirtschaft fordern sie auch die Aufnahme Sachsens in das europäische „Netzwerk gentechnikfreier Regionen“.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Bürgerschaft spricht sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Hamburg und damit gegen den Anbau und die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen in Hamburg aus.

Der Senat wird aufgefordert,

- I. sich aufgrund der mit dem Einsatz der Agrotechnik verbundenen Risiken für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in der Metropolregion Hamburg einzusetzen und unter Ausschöpfung ihrer derzeitigen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung des bürgerschaftlichen Ersuchens vom 10. Februar 2010 (Drs. 19/5091) ein „**5-Punkte-Programm für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Hamburg**“ wie folgt aufzulegen und umzusetzen:

1. Aufnahme der Freien und Hansestadt Hamburg als gentechnikfreie Anbau-region in das europäische „Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ und Unter-zeichnung der „Charta gentechnikfreier Regionen“ innerhalb eines Jahres,
 2. in Schutzgebieten nach Naturschutzrecht sind der Anbau und die Freiset-zung gentechnisch veränderten Saat- und Pflanzenguts generell untersagt,
 3. bei der Neuverpachtung landeseigener Flächen zur landwirtschaftlichen Nut-zung und bei Verlängerung bestehender Pachtverträge ist im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auszuschließen,
 4. finanzielle und organisatorische Förderung der Vermarktung von gentechnik-freien regionalen Produkten (siehe Drs. 19/5091),
 5. die in das bürgerchaftliche Ersuchen zur Gentechnikfreiheit in Hamburg vom 10. Februar 2010 (Drs. 19/5091) genannten Ansätze zu vertiefen und fortzu-entwickeln.
- II. Der Bürgerschaft soll zum 31. Mai 2012 über die Umsetzung berichtet werden.